

## Begrenzte Grenzüberschreitung

Eine Replik auf Andreas Behnke

*In seinem Aufsatz in der ZIB 1/2005 behauptete Andreas Behnke, dass insbesondere die Terroranschläge vom 11. September 2001 und ihre Folgen verdeutlicht hätten, dass liberale Theorie kein angemessenes Verständnis der »neuen« internationalen Beziehungen ermögliche. Notwendig sei vielmehr eine Neubestimmung des Wesens und der Grenzen des Politischen im Lichte neuartiger Konfliktzenarien. In dieser Replik wird dem entgegengehalten, dass diese Liberalismus-Kritik einerseits die begrifflichen Konturen des Projekts eines politischen Liberalismus stark verzeichnet, andererseits jedoch selbst von Prämissen liberalen politischen Denkens zehrt. Zudem wird der durch Carl Schmitt inspirierte Begriff des Politischen, welcher der von Behnke versuchten »Dekonstruktion« liberaler Positionen unterliegt, problematisiert und die Ausblendung institutionentheoretischer Perspektiven kritisiert.*

### 1. Einleitung

Andreas Behnke proklamiert in seinem Aufsatz über »9/11 und die Grenzen des Politischen« (Behnke 2005) eine Zeitenwende, die zugleich einen Gestaltwandel des theoretischen Kategoriengerüsts zur Erfassung des Politischen in den Internationalen Beziehungen erforderlich machen soll. Eingedenk des 11. Septembers und seiner Folgen in den internationalen Beziehungen stehe eine Rückkehr des Politischen an, die der Autor konzeptuell zu flankieren sucht. Obsolet geworden sei der liberale Universalismus, so insinuiert Behnke bereits auf den ersten Seiten seines Aufsatzes in Form einer Reihe – wie sich im Laufe seiner Argumentation zeigt – rhetorischer Fragen danach, ob die begrifflichen Angebote des Liberalismus noch ein angemessenes Verständnis der »neuen« internationalen Beziehungen ermöglichen. Notwendig werde nicht nur eine Neubestimmung des Wesens und der Grenzen des Politischen im Lichte neuartiger Konfliktzenarien, sondern diese, allen voran »die Ereignisse des 11. September 2001«, hätten »die Frage des Politischen« überhaupt erst »wieder aufgeworfen« (Behnke 2005: 117).

Behnke versucht sich demnach einer doppelten und sicherlich nicht eben kleinen Aufgabe anzunehmen: Zum einen soll die politische Theorie des Liberalismus ein weiteres Mal angesichts ihrer Unzulänglichkeiten verabschiedet werden. Anders aber als in der Kommunitarismus-Liberalismus-Debatte, die die Diskurslandschaft wenigstens der anglo-amerikanischen politischen Philosophie und Theorie der 1980er und der 1990er Jahre prägte und auch im deutschsprachigen Diskurs keines-

wegs folgenlos blieb,<sup>1</sup> wird von Behnke am Liberalismus in erster Linie nicht die Unfähigkeit moniert, den dichten sittlichen Zusammenhang politischer Gemeinwesen zu denken. Wiewohl auch Behnkes Unbehagen am Liberalismus sich ebenso wie das kommunaristische an dessen universalistischer und neutralistischer Grundorientierung entbindet und er mit dem Kommunitarismus die Einschätzung teilt, dass der Liberalismus grundsätzlich nicht in der Lage sei, kulturellen Differenzen Rechnung zu tragen, erscheint ihm der kardinale Mangel liberaler politischer Theorien darin zu bestehen, politische Konflikte nicht denken zu können. Neben dieser vehementen Kritik des Liberalismus versucht sich Behnke, mindestens implizit, an einer Neubestimmung des Begriffs des Politischen, die sich ihm zufolge an den konfliktträchtigen Beziehungen zwischen den Kulturen ausrichten müsse.

Eine solche Unternehmung ruft, zumal dann, wenn sie wie hier in einem polemischen Tonfall durchgeführt wird, eine Reihe kritischer Nachfragen auf den Plan. Von systematischem Interesse an einer Auseinandersetzung mit Behnkes Argumentation ist dabei weniger die Beurteilung der Frage, ob er die einzelnen Autoren, die ihm exemplarisch für diejenige Denkströmung zu sein scheinen, die er unter dem übergreifenden Titel des Liberalismus zusammenfasst (Ignatieff, Walzer, Habermas), angemessen rekonstruiert. Vielmehr interessiert der in seinem Artikel indirekt unternommene Versuch einer Bestimmung des Begriffs des Politischen und sein Verständnis des politischen Liberalismus. An einer kritischen Rekonstruktion dieser Topoi lassen sich, freilich in einer anderen Richtung als Behnke sie ansinnt, zentrale konzeptuelle Fragen einer politischen Theorie der Internationalen Beziehungen diskutieren, die sich den Problemen einer kategorialen Bestimmung des Begriffs des Politischen und der Aufgabe einer (politischen) Vermittlung unter Bedingungen radikaler Pluralität zuwenden.

Bevor wir uns dieser Fragestellungen annehmen, sind allerdings einige kritische Anmerkungen zu Behnkes hermeneutischer Methodik erforderlich, da diese eher auf polemische Spitzen denn auf einen angemessenen interpretatorischen Nachvollzug hin ausgerichtet zu sein scheint. Erstens ist seine werkhermeneutische Annahme, zwischen den Beiträgen der von ihm kritisierten Autoren zu den Ereignissen im Umfeld des 11. Septembers und den jeweiligen systematischen Überlegungen zur politischen Theorie eine »generell[e] logisch[e] und theoretisch[e] Kohärenz« (Behnke 2005: 118) anzunehmen, in exegetischer Perspektive zweifelhaft. Insbesondere für Jürgen Habermas, dem Behnke einen »unilateralen Ethnozentrismus« (Behnke 2005: 137) unterstellt, gilt, dass er stets auf einer strengen Trennung zwischen seinen systematischen Texten und seinen politischen Essays bestanden hat. Nicht zufällig ist ein Großteil seiner Schriften zur aktuellen internationalen Politik im Rahmen der »Kleinen Politischen Schriften« bzw. mit dem ausdrücklichen Zusatz »Politische Essays« erschienen (Habermas 1998, 2001, 2004). Im Vorwort zum neunten Band der »Kleinen Politischen Schriften«, dessen Zusammenstellung

---

1 Zur Kommunitarismus-Liberalismus-Debatte vgl. Honneth (1993) und unter den dortigen Beiträgen vor allem den zusammenfassenden Aufsatz von Forst (1993). Vgl. zur kommunaristischen Kritik am Liberalismus und für eine umfassende Darstellung kommunaristischer Positionen Haus (2003).

sich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels verdankt, macht Habermas hierauf noch einmal explizit aufmerksam: »Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels soll nicht ein akademisches Werk, sondern eine intellektuelle Rolle auszeichnen. Das ermutigt mich, eine Reihe ›Kleiner Politischen Schriften‹ fortzusetzen« (Habermas 2001: 7). Muss diese Einschränkung bereits für diese Schriften berücksichtigt werden, so trifft sie insbesondere auf jenen Interviewtext zu, auf den sich Behnke in seiner Auseinandersetzung mit Habermas immer wieder bezieht. Gerade dann, wenn es um eine fundamentale Kritik theoretischer Positionen geht, wäre eine größere hermeneutische Sorgfalt wünschenswert.

Ein zweites methodisch-hermeneutisches Bedenken ergibt sich mit Blick auf Behnkes Selbstauskunft, eine »dekonstruktivistische Analyse« (Behnke 2005: 117) vornehmen zu wollen. Mit diesem, auf Jacques Derridas feingliedrige Lektüren philosophischer Texte zurückgehenden Verfahren verbinden sich bestimmte konstitutive Erfordernisse, denen Behnkes Liberalismus-Kritik kaum gerecht zu werden vermag. Zwar folgt er Derrida, dem es stets darum geht, auf die internen Aporien bestimmter Positionen aufmerksam zu machen, insofern, als er dem Anspruch nach immanent anzusetzen bestrebt ist, indem er auf »die inhärenten Widersprüche und Verwerfungen« (Behnke 2005: 117) des Liberalismus aufmerksam zu machen versucht. Allerdings offenbart sich bei einer näheren Betrachtung, dass er diesem Anspruch keineswegs konsequent folgt. Zudem tritt die Dekonstruktion bei Derrida nicht mit jenem prätentiösen Entlarvungsgestus auf, der Behnkes Liberalismus-Kritik eignet. In einer seiner letzten Veröffentlichungen, die sich übrigens anhand einer Auseinandersetzung mit dem Begriff des Schurkenstaates Fragen der internationalen Politik zuwendet (Derrida 2003), hat Derrida dieses vorsichtige Selbstverständnis der Dekonstruktion noch einmal hervorgehoben und dabei insbesondere deutlich gemacht, dass sie keineswegs in der Lage ist, einen äußereren, überlegeneren Standpunkt einzunehmen.<sup>2</sup>

Daher werden wir Behnkes Argumentation im Folgenden selbst auf ihre widersprüchlichen Züge und unausgewiesenen Hintergrundannahmen hin befragen. Im Einzelnen lassen sich vier Problemkomplexe herausschälen: Erstens supponiert Behnkes Liberalismus-Kritik durchgängig einen dem Liberalismus selbst äußerlichen, durch Carl Schmitt inspirierten Begriff des Politischen, der seinerseits hochgradig dubiose ontologische Fixierungen und ein existenzielles Gepräge aufweist. Zweitens verzeichnet er, wie wir in einem weiteren Schritt zeigen werden, die begrifflichen Konturen des Projekts eines politischen Liberalismus. Drittens nimmt er unausgewiesen selbst bestimmte Prämissen liberalen politischen Denkens in Anspruch, die zu »dekonstruieren« gerade sein Ziel war. Unabhängig von diesen Schwierigkeiten, die sich durch Behnkes fragwürdige Methodik ergeben, blendet er

2 »Surtout, elle [la déconstruction] n'a jamais pris la forme objectivante d'un savoir comme ›diagnostic‹, et encore moins de quelque ›diagnostic des diagnostics‹, inscrite, prise et comprise qu'elle aura toujours été, et toujours reconnu être, dans l'élément même du langage qu'elle met en cause, en se débattant au cœur de débats métaphysiques eux-mêmes aux prises avec des mouvements d'auto-déconstruction« (Derrida 2003: 206, Fn. 2). Vgl. zur politischen Philosophie Derridas Flügel (2004).

viertens institutionentheoretische Fragen, die im Übrigen für liberale Konzeptionen des Politischen zentral sind, nahezu vollständig aus.

Im Vollzug dieser Befragung wird es dann – zumindest indirekt – möglich sein, die konzeptuell und systematisch interessante Frage nach einem den gegenwärtigen internationalen Beziehungen adäquaten Begriff des Politischen thematisch werden zu lassen. Ihm wird man nach unserer Auffassung kaum auf die Spur kommen können, wenn man von einer Auseinandersetzung mit institutionentheoretischen Dimensionen absieht.

## 2. *Behnkes existenzielle Ontologie des Politischen*

Zwar hält Behnke bereits in den ersten Zeilen seines Artikels expressis verbis fest, dass es ihm keineswegs darum gehe, »abschließende Antworten« (Behnke 2005: 117) auf die von ihm anhand einer Kritik des Liberalismus diskutierte Frage nach dem Politischen der internationalen Beziehungen zu finden. Stattdessen wolle er sich mit der kritisch-diagnostischen Aufgabe einer immanent verfahrenden Liberalismus-Kritik bescheiden – dessen Antworten seien lediglich »kritisch zu durchleuchten« (Behnke 2005: 117) und ihre Implikationen seien »abzuklopfen« (Behnke 2005: 117). Doch findet sich nach einem etwas zu raschen und tendenziösen Gang durch die Überlegungen von Michael Ignatieff, Michael Walzer und Jürgen Habermas nicht nur ein »Die Wiederkehr des Politischen« (Behnke 2005: 131-137) übertitelter Abschnitt, der dann doch so etwas wie die Konturen eines zum Liberalismus alternativen Verständnisses des Politischen umreißt. Bereits Behnkes Kritik der drei von ihm als »Repräsentanten des Liberalismus« (Behnke 2005: 117) deklarierten Autoren zieht wesentlich von einer spezifischen Lesart des Politischen.

Sei es die »Dekonstruktion« der Ignatieff unterstellten Unterscheidung von Politik und Metaphysik (Behnke 2005: 118-121), das Verwerfen von Walzers Rekurs auf einen bestimmtermaßen verstandenen Begriff der Toleranz (Behnke 2005: 122-127) oder die Infragestellung der Habermasschen Diskurstheorie – stets argumentiert Behnke, freilich ohne dies deutlich zu machen, vor dem Hintergrund eines Begriffs des Politischen, dessen Spezifika sich die Stoßkraft seiner Kritik verdankt. So lautet ein zentraler Einwand gegen Ignatieffs Politikverständnis, dass dieses Politik als »Konfliktregulierung und -lösung, die ohne diese [eine der letzten Schlachten ums Ganze] Intensität auskommen muss und auskommen will« (Behnke 2005: 119), konzeptualisiere. Bei Walzer stelle sich Behnke zufolge das Problem, dass dieser »die anti-universalistische Logik des internationalen Systems« (Behnke 2005: 122) nur auf den ersten Blick anerkenne, sie aber schließlich doch nicht hinreichend zu akzeptieren bereit sei. Und bei Habermas schließlich tauche die Schwierigkeit einer Auflösung des Konflikts durch eine – in Behnkes Augen ethnozentristische – Idee des Diskurses auf (Behnke 2005: 128). Mit diesen Stichworten sind nicht nur die zentralen Einwände Behnkes gegen jene drei Liberalen im Kern umrissen, sondern *ex negativo* treten zugleich die Konturen *seines* Begriffs des Politischen hervor.

Unter dem Politischen muss demnach eine Sphäre intensiver, existenzieller Konflikte verstanden werden, deren Konturen gleichsam auf wesenhaften Differenzen basieren, die ontologisch tief sitzen.<sup>3</sup> Dass dies keineswegs das einzige mögliche Verständnis des Politischen ist, bedarf wohl kaum einer Erläuterung. Seine Grundzüge sind der politischen Theorie des 20. Jahrhunderts wohlbekannt; als sein vehementester Vertreter kann ohne Zweifel der neuerlich wieder zu erstaunlicher (und nicht immer unbedenklicher) Aufmerksamkeit gelangte Carl Schmitt gelten.<sup>4</sup> Dass Schmitt eine Inspirationsquelle seiner Überlegungen darstellt, verschweigt Behnke keineswegs – in den einleitenden Passagen wird er als einer der zentralen Bezugspunkte eingeführt (Behnke 2005: 118) und in der Auseinandersetzung mit Walzer referiert Behnke zentrale Schmittsche Distinktionen (Behnke 2005: 125). Umso erstaunlicher ist dann aber, dass Behnke sich immer wieder auf die bequeme Position einer immanenter Kritik zurückzieht und schlicht behauptet, er gebe gar keine eigenen Antworten.

Wie entschieden seine Antworten hingegen sind, tritt hervor, wenn man sich seiner Übertragung jener implizit in Anspruch genommenen Konturen des Politischen auf die Ebene der internationalen Beziehungen zuwendet. Ohne Umschweife weist Behnke immer wieder darauf hin, dass der Universalismus des Liberalismus der Anarchie der internationalen Beziehungen widerspreche (z. B. Behnke 2005: 122, 125). Klar ist für Behnke dabei, dass nicht die internationale politische Ordnung im Lichte universaler Forderungen zu reformieren sei, sondern deren Anarchie fungiert in seinen Augen als Richtmaß der Beurteilung konzeptueller Vorschläge. Geradezu empört notiert er beispielsweise, dass es Habermas' Ziel sei, das internationale System in »eine Weltgesellschaft mit Weltbürgertum« (Behnke 2005: 130) zu transformieren. Wenige Seiten später fragt er, was wäre, »wenn Anderssein die *ontologische* Grundlage des internationalen Systems ist« (Behnke 2005: 132; unsere Hervorh.). Eine Annahme, die er, wie sich der gleich darauf folgenden Hinwendung zu Schmitt entnehmen lässt, offenbar teilt. Zwar spült er diesen insofern weich, als es Schmitt nach Behnkes Lesart in erster Linie darum gegangen sei, »Konflikt ertragbar zu machen und Gewalt zu minimieren« (Behnke 2005: 132). Überdies liest er ihn gar als Prototypus oder wenigstens als Vorläufer jener Differenztheoretiker multikulturalistisch orientierter *cultural studies*.<sup>5</sup> Doch dabei bleibt noch ein hinreichend großer und nicht unbedenklicher Rest an Schmittschen Kernannahmen, auf die sich Behnkes Begriff des Politischen stützt und die ihn nicht nur zu einer zweifelhaften Option werden lassen, sondern der dadurch auch auf fragwürdigen Prämissen aufruht. Selbst wenn man die Frage nach der normativen Vorzugswürdigkeit

- 
- 3 Zwar betont Behnke verschiedentlich, dass es aus einer Schmittianischen Freund-Feind-Perspektive möglich sein soll, Konflikte nicht als existenzielle auszutragen, allerdings bleibt er den begrifflichen Aufweis für diese Behauptung schuldig.
- 4 Vgl. für die zentralen Züge der Schmittschen Theorie des Politischen Schmitt (1995, 1996a, 1996b); von der Renaissance Schmitts in der politischen Philosophie und Theorie zeugen etwa die Beiträge in Mouffe (1999a).
- 5 »Für Schmitt besteht das Problem des Politischen im internationalen System darin, Ordnung und Anderssein so zu konzeptualisieren, dass dabei das Anderssein nicht der Ordnung geopfert wird« (Behnke 2005: 132).

einer internationalen Anarchie ontologisch Anderer einmal beiseite lässt,<sup>6</sup> ist es im Lichte des spätestens in der Philosophie des 20. Jahrhunderts allerorten konstatierten Brüchigwerdens fester ontologischer Gründe allein schon in epistemischer und methodischer Hinsicht überaus seltsam, warum – und vor allem auf welcher begründungstheoretischen Basis – einer faktisch bestehenden politischen »Ordnung« ontologische Dignität verliehen werden soll. Eingedenk des Umstands, dass es Behnke um den Aufweis interner Widersprüche liberaler Theorien geht, muss man sich wundern, wie der Verfasser auf substanzelle Annahmen zurückgreift, deren Begründung er durchgängig schuldig bleibt.

### 3. *Liberalismus und die Idee der Vermittlung von Pluralität*

Unabhängig von der durchaus kontroversen Frage, ob sich die von Behnke als »Repräsentanten des Liberalismus« (Behnke 2005: 117) bezeichneten Autoren aus einer ideengeschichtlichen und begrifflichen Perspektive als Liberale angemessen charakterisieren lassen, unterschlägt er in seiner Darstellung des liberalen Universalismus zentrale Züge liberalen politischen Denkens. So muss der Liberalismus dann tatsächlich als im besten Fall naives *wishful thinking* oder im schlechtesten Fall als ethnozentrische Einverleibungs- und Ausschließungsstrategie erscheinen – beides Vorwürfe, die Behnke erhebt. Ohne damit selbst bereits ein Plädoyer für das liberale Denken zu formulieren, ist es vor dem Hintergrund des Zerrbildes, das Behnke vom Liberalismus zeichnet, allein schon aus Gründen hermeneutischen Verstehenwollens notwendig, auf wesentliche Dimensionen des liberalen Politikverständnisses und vor allem auch auf dessen institutionentheoretische Hintergrundannahmen hinzuweisen.

Gegen Behnkes These, dass der Liberalismus – offensichtlich per se und unumgänglich – die Tendenz aufweist, Andersheit assimilierend zu verzehren bzw. auszugrenzen, muss daran erinnert werden, dass das Projekt eines politischen Liberalismus seinen Ausgangspunkt in der Problematik weltanschaulichen Pluralismus findet. Pluralismus wird aber von liberalen Theoretikern von John Locke über Immanuel Kant und John Stuart Mill bis zu John Rawls nicht nur als Ausgangsproblematik in den Blick genommen, sondern erscheint immer auch als un hintergebar bewahrens-, schützens- und fördernswert. Das Enigma, das aufzulösen sich der politische Liberalismus vornimmt, besteht dabei in der doppelten Schwierigkeit, Pluralismus und Gewaltlosigkeit miteinander zu vermitteln. Bei Locke etwa ist es die nicht durch eine übergeordnete Richterinstanz eingehetzte Situation eines Interessenkonflikts, die den Übergang vom durch Freiheit und Gleichheit gekennzeichneten Naturzustand (Locke 1977: 201f) in einen Kriegszustand wahrscheinlich werden lässt (Locke 1977: 211f) und dadurch den Zusammenschluss zu einem politischen Gemeinwesen notwendig macht, dessen oberste Ziele in der Herstellung von Frie-

6 Das fällt für sich genommen bereits einigermaßen schwer, da Behnkes Kritik des Liberalismus diesem ja nicht einfach nur empirische Naivität, sondern eben auch normative Mängel, wie die eines ethnozentrischen Normendiktats oder einer gewaltbewährten Assimilation, unterstellt.

den, Sicherheit und öffentlichem Wohl unter Erhaltung der individuellen Freiheit und des Eigentums bestehen (Locke 1977: 281). Politik bedeutet daher durch eine Lockesche Brille besehen die Instituierung einer Instanz, die – in Form des Freiheitsgebots – den Pluralismus<sup>7</sup> auf eine Weise zu erhalten vermag, die die Option der wechselseitigen Vernichtung ausschließt. Auch Kant geht es in seiner politischen Philosophie darum, ein größtmögliches Maß an Pluralismus zu ermöglichen und gleichzeitig horizontale gewaltförmige Auseinandersetzungen zu vermeiden. Sein in der »Metaphysik der Sitten« dargelegter Begriff der Legalität soll gerade die friedliche Koexistenz unterschiedlicher Interessen und Weltanschauungen ermöglichen (Kant 1977a: AB 6-7). Gebunden werden die verschiedenen Willen in einem bloß äußerlichen Sinne, der die Kontextbedingungen für einen friedlichen Modus der Entfaltung von Vielfalt zu schaffen angelegt ist. Eine der emphatischsten Verteidigungen der Pluralität im Sinne personaler und kollektiver Selbstbestimmung unternimmt Mill in »Über die Freiheit« und seinem Liberalismus gerät dabei ein Umstand in den Blick, den Behnkes ontologisches Konzept der Andersheit fatalerweise verdrängt: Willensbekundungen weisen stets einen normativ bedeutsamen Zeitkern auf (Mill 1988: 140), dem eine pluralismusfreundliche politische Theorie konzeptuell Rechnung tragen muss. Erkennt sie Andersheit in einem zeitlich invarianten Verständnis an, dann wird der normative Gehalt des Pluralismus konterkariert: Die Anerkennung der Vielfalt verwandelt sich in eine Fixierung der Differenzen sowie eine Festlegung der Subjekte und Kollektive auf ein bestimmtes Selbstverständnis. Rawls schließlich wendet sich der Andersheit als einer allgemeinen Tatsache zu (Rawls 1994: 334), die keineswegs zu tilgen, sondern zu bewahren sei. Allerdings müsse sie, um gewaltförmige Konflikte weitestgehend zu vermeiden, in bestimmte Diskussionsregeln eingebettet werden (Rawls 1994: 339-341). Diese zu etablieren sei die Aufgabe der Politik.

Im Lichte eines solchen liberalen Politikverständnisses tritt dann hervor, dass der politische Liberalismus für die genuinen Rechte eines Pluralismus von Weltanschauungen sensibel ist. Dass er dessen Entfaltung an bestimmte Bedingungen knüpft, ist, wie der kurze Blick auf Locke, Kant, Mill und Rawls illustriert, dem Umstand geschuldet, dass sich die Rechte auf Andersheit an der Klippe der Gewaltförmigkeit brechen. Einen solchen Vermittlungssinn des liberalen Politikverständnisses konzediert Behnke übrigens durchaus, allerdings deutet er ihn als eine willkürliche Limitation des Begriffsumfangs des Politischen: »Das liberale Politikverständnis [...] sieht Politik als permanente anstatt finaler Konfliktlösung, als Kompromisssuche zwischen moralisch gleichgestellten Konfliktteilnehmern anstatt der Bekämpfung und Ausrottung des Bösen« (Behnke 2005: 119). Was eigentlich, so muss man sich bei der Lektüre solcher Formulierungen fragen, will der Autor damit suggerieren? Etwa dass im Schmittschen Sinne intensive Konflikte über letzte Fragen zu bevorzugen sind? Soll das am Ende gar eine normativ angemessenere Weise der Entfaltung von Pluralität sein? Doch solchen Fragen weicht Behnke kon-

7 Dieser Pluralismus erscheint Locke freilich – in normativ kaum befriedigender Weise – in erster Linie als eine Interessendifferenz hinsichtlich des Eigentums.

sequent aus. Allerdings nicht, und das ist eigentlich, ohne von den Pointen solcher Formulierungen, die nicht als eine Positionierung zu lesen schwer fällt, in seiner »Dekonstruktion« des Liberalismus zu zehren.

Bleibt der Einwand des bloßen *wishful thinking*. Doch auch hier lässt sich unschwer zeigen, dass sich dieser Ausblendungen des Autors verdankt. Wenn Behnke nämlich danach fragt, ob die liberale Toleranz und die universalistischen Normen der neuen internationalen Situation noch angemessen sind und unzweideutig notiert, dass das wohl kaum der Fall sei, dann unterschlägt er die institutionellen Absicherungsvorkehrungen, die sich im Postulat nach zwangsbewährten Gesetzen schon bei Locke und Kant finden und deren Demokratisierungsmöglichkeiten Habermas einen Großteil seiner Schriften der letzten eineinhalb Dekaden gewidmet hat. Diese institutionellen Erfordernisse werden dabei weder dadurch entkräftet, dass sie in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen (noch) nicht (hinreichend) etabliert sind – dazu müsste man schon Behnkes ontologischer Hypostasierung des Status quo zustimmen. Noch werden sie durch den Umstand dementiert, dass beispielsweise Kants, in der Friedensschrift entfalteter Vorschlag eines Völkerbundes gerade die hierarchische Dimension vermissen lässt (Kant 1977b: BA 35-36). Gegen solche zu schwachen Institutionendesigns gälte es gerade auf die konstitutive Verwiesenheit des pluralistischen Politikbegriffs auf eine vertikale Durchsetzungsinstanz aufmerksam zu machen.<sup>8</sup> Das berücksichtigt Habermas übrigens in einer seiner jüngeren Veröffentlichungen, indem er die Notwendigkeit eines globalen Gewaltmonopols betont (Habermas 2004: 131).<sup>9</sup>

#### 4. *Selbstwidersprüche: Behnkes impliziter Liberalismus*

Von einem Autor, der nach eigenem Bekunden antritt, liberale Positionen zu dekonstruieren, und der schließlich auf Schmitt – also einen ausgewiesenen Verächter des Liberalismus – rekurriert, würde man eigentlich erwarten, dass diejenigen Ausführungen, die seine eigene Position hervortreten lassen, von liberalen Elementen selbst »bereinigt« sein dürften. Bemerkenswert ist jedoch, dass im Zuge der angestrebten Entlarvung der Widersprüche liberaler Theorie mutmaßlich unbeabsichtigt die Widersprüche des Autors offenbar werden. Er zieht nämlich selbst von einer Reihe von liberalen Prämissen: etwa was die Zweckbestimmung von Politik anbelangt oder die im Angesicht radikaler Pluralität geforderten Akteursqualifikationen. Und schließlich scheint er bei der distanzlosen Verwendung des Begriffs »Feind« in einen performativen Selbstwiderspruch zu geraten.

- 
- 8 Die normative und funktionale Notwendigkeit vertikaler politischer Instrumente in den internationalen Beziehungen hat in den vergangenen Jahren Rainer Schmalz-Brunn immer wieder hervorgehoben; vgl. z. B. Schmalz-Brunn (1999).
  - 9 Dass dabei von Habermas die demokratische Dimension zu wenig berücksichtigt wird, ist ein schwerwiegendes normatives Problem, das hier aber nicht weiter verfolgt werden kann.

Zunächst zur Zweckbestimmung von Politik, die bei Behnke von einer *Wesensbestimmung* des Politischen abgekoppelt wird:<sup>10</sup> Einerseits fasst er das Politische Schmittianisch-existenziell mit der Unterscheidung von Freund-Feind auf,<sup>11</sup> andererseits scheint Politik aber doch funktional wie normativ das gleiche Ziel zu verfolgen bzw. mit dem gleichen sehr schwierigen Problem konfrontiert zu sein, das wir oben als Ausgangsproblem liberalen Denkens bereits ausgeführt haben: die möglichst friedliche Vermittlung von (mitunter radikaler) Pluralität.<sup>12</sup> Die hier mit Schmitt in Verbindung gebrachte Behauptung, dass es die »hervorragende Aufgabe der Politik« sei, »Konflikt ertragbar zu machen und Gewalt zu minimieren« (Behnke 2005: 132), steht mit liberalen Konzeptionen von Politik völlig im Einklang (vgl. Warren 1999). Allerdings gründen ähnlich gelagerte liberale Auffassungen über die Funktionen von Politik in anderen begrifflichen Voraussetzungen, als sie Schmitt oder Behnke in ihrem essentialistischen Duktus unterstellen.

Gegen Ende des Artikels weist Behnke mit dem von William Connolly entwickelten Konzept des »agonistischen Respekts« bzw. des »ethos of pluralization« einen Ethos aus (Behnke 2005: 138), der eine Alternative darstellen soll zu herkömmlichen liberalen Einstellungen bezüglich Differenz, wie Toleranz oder ähnliche Tugenden, die im »ethnozentrierten« Konzept des »Weltbürgers« aufgehoben sind (Behnke 2005: 136). Mit dem Verweis auf Connolly schließt Behnke an die hochinteressanten »postmodernen«, radikalkonstruktivistischen Debatten in den IB über Fragen der Identität und Differenz an. Dabei geht es um den stets prekären Umgang mit Andersheit, die potenziell gewaltsamen Mechanismen von Inklusion und Exklusion sowie der eigenen Identitätsversicherung, der stets die Versuchung innewohnt, Differenzen in Andersheit zu verwandeln und das Andere herabzuwürdigen. So haben »postmodern« inspirierte Autoren beispielsweise der *critical security studies* mittels der genealogischen diskursanalytischen Methode demonstriert, wie sehr hegemoniale politische Begriffsdeutungen von den herrschenden Machtverhältnissen ihrer Zeit geprägt sind. Nicht zuletzt lässt sich so dekonstruieren, wie Andere nicht »natürliche« Feinde »sind«, sondern durch Repräsentationen in innerstaatlichen wie internationalen Diskursen zu »Feinden« erst »gemacht« werden (Campbell 1992: 69).<sup>13</sup>

10 Zur Differenzierung der Begriffe »Politik« und »das Politische« vgl. Vollrath (1987: 29-56).

11 Allerdings – diese Unterscheidung innerhalb des Schmittianischen Feindbegriffs ist wichtig – ist hier der quasi konventionelle, achtbare Feind im Sinne des *enemy* gemeint, nicht der absolute Feind im Sinne des *foe*, den es zu vernichten gilt, siehe dazu Schwab (1987).

12 Charles Larmore benennt *zwei* grundlegende Probleme, die seit dem 16. Jahrhundert zur Entstehung liberalen Denkens geführt haben: Zum einen, wie man der Regierungsmacht Grenzen setzen könnte, und zum anderen, wie mit der Einsicht umzugehen sei, dass Menschen in der Regel unterschiedlicher Meinung darüber sind, was ein »gutes Leben« ausmacht (Larmore 1993: 131-132). Für unsere Replik ist jedoch nur das zweite Problem relevant, weshalb das erste hier ausgeblendet wird.

13 Vgl. auch Jef Huysmans (1999: 14-15): »The critical position this literature articulates consists of ›denaturalising‹ the taken for granted discourses structuring international or domestic conditions [...] Thus, the critical quality rests on the assumption that representations of the world make a difference (performative force of language) and that there is no natural or neutral arbiter of a true representation.« Vgl. zu Feindbildkonstruktion und zu den vielfältigen Mechanismen von Inklusion/Exklusion, die modernen demokratischen Staaten und Gesellschaften inhärent sind, Geis (2006).

An Behnkes knappe Einführung von Connollys Tugendmodell des »ethos of pluralization«, auf dem angesichts seiner entscheidenden Bedeutung hier eine große Beweislast ruht, schließen sich jedoch zwei Fragekomplexe an: Erstens, worin genau besteht die behauptete Überlegenheit und die Alternative dieser Haltung, da sie auf ähnlichen Prämissen wie »konventionelle« liberale Tugenden zu beruhen scheint? Und worin liegen zweitens die Grenzen eines »agonistischen Respekts«: Welche Eigenschaften, welche Praktiken, welche Ziele eines radikal Anderen sind wir auch in der Einstellung des agonistischen Respekts nicht mehr verpflichtet zu akzeptieren? Mit anderen Worten: Wo und unter welchen normativen Prämissen beginnt hier die Designation eines »Feindes«? Denn von »unseren« (!) »Feinden« – allerdings ohne Anführungs- und Ausrufungszeichen – spricht ja auch Behnke weiterhin (Behnke 2005: 138).

In einem neuen, erläuternden Kapitel in der erweiterten Neuauflage (2002) seines 1991 erstmals erschienenen Werkes »Identity\Difference« schreibt Connolly, agonistischer Respekt sei

»a civic virtue that allows people to honor different final sources, to cultivate reciprocal respect across difference, and to negotiate larger assemblages to set general policies. Agonistic respect is a reciprocal virtue appropriate to a world in which partisans find themselves in intensive relations of political interdependence. Agonism is the dimension through which each party maintains a pathos of distance from others with whom it is engaged. Respect is the dimension through which self-limits are acknowledged and connections are established across lines of difference. [...] Tolerance and agonistic respect are kissing cousins, but they are not equivalent. [...] Agonistic respect [...] does not entail the consolidation of a majority identity around which a set of minorities is tolerated as satellites. It is more compatible with a network model of pluralism« (Connolly 1991/2002: xxvi-xxvii; Hervorh. dort).

Wenn sich Behnke zentral auf Connollys Konzept beruft, kauft er sich damit gleichzeitig Prämissen und Konsequenzen ein, die liberaler Theorie keineswegs fremd sind – im Gegenteil: So ist die von allen Parteien eingeforderte Tugend des wechselseitigen Respekts eine klassische liberale Norm (Larmore 1993: 143), der Umgang mit Pluralität die Grundherausforderung, auf die liberales Denken seit jeher eine Antwort sucht. Die wechselseitige Anerkennung der Anderen als Freie und Gleiche, die der »umstrittenen Tugend« des Tolerierens tatsächlich nicht unbedingt zugrunde liegt (weil sie z. B. Herrschaftsinteressen spiegelt), ist in der liberalen Idee des Diskurses wiederum fundamental.<sup>14</sup> Nur wenn man, wie Behnke dies tut, die Charakteristika liberalen Denkens (etwa von Habermas, z. B. Behnke 2005: 128) stark verzeichnet, kann man diesem von vornherein jegliche begriffliche Sensibilität für das »Anderssein« absprechen.

Mit einem Ethos ist zunächst die Haltung eines Akteurs bezeichnet, aber irgendwann werden solche Akteure auch einmal aufeinandertreffen, und es stellt sich die Frage, wie diese Interaktion zwischen Akteuren, die sich in wechselseitigem Respekt, aber in vollem Bewusstsein ihrer Differenzen begegnen, wohl aussehen wird. Behnke bleibt eine Antwort schuldig. Dieses Thema wird ausgetrennt, ist

---

14 Zum problematischen Begriff und der Praxis von Toleranz als »umstrittener Tugend« siehe die Diskussionen in Forst (2000).

aber doch entscheidend, wenn es um die möglichst gewaltarme Vermittlung von Pluralität in der Politik gehen soll. Es ist zu vermuten, dass sich Akteure, denen die heroische Tugend des agonistischen Respekts angesonnen wird, nicht im Modus des »Kampfes« auseinandersetzen sollen, sondern eher in Begegnungsformen wie mindestens wechselseitiger Indifferenz oder schwächsten Formen der Verständigung. Jedenfalls bleibt die konkrete Alternative zu den verworfenen liberalen Interaktionsmodellen »Dialog« oder »Diskurs« verdächtig unklar.

In diesem Zusammenhang drängen sich zwei weitere Fragen auf, die Behnke kritisch gegen die Befürworter einer dialogischen Haltung auch in den radikal pluralisierten internationalen Beziehungen wendet: Was, wenn der Andere nicht bereit ist, sich auf einen Dialog einzulassen? Und falls er oder sie bereit sein sollte: Was soll durch einen solchen Dialog eigentlich erreicht werden (Behnke 2005: 127)? Diese berechtigten Fragen muss sich in ähnlicher Weise jedoch auch ein Verfechter »agonistischen Respekts« stellen lassen: Was, wenn der Andere mir seinen Respekt vorenthält? Und wie und zu welchem Zweck sollen wir uns eigentlich »begegnen«? Auch im vermeintlich überlegenen Konzept des agonistischen Respekts sind ganze Bündel von Tugenden und Kompetenzen schon vorausgesetzt, die denen, die in stabilen liberal-demokratischen Gemeinwesen benötigt werden, relativ ähnlich sein dürften: Fairness, Achtung, Kooperationsbereitschaft, Mut, die Fähigkeit zu Vertrauen, zu Selbstreflexion, Argumentation und Kritik u. ä. (Buchstein 1996: 303). Eine bestimmte, liberaler Theorie eingeschriebene Auffassung von der Rationalität von Akteuren scheint doch auch in einer »postmodern« gewendeten Tugend aufgehoben zu sein.

Zuletzt sei ein interessanter Widerspruch in Behnkens Überlegungen thematisiert, der zum performativen Selbstwiderspruch gerät. Es gibt nämlich offenbar Praktiken, denen wir keinen – auch keinen agonistischen – Respekt schulden: »Dies bedeutet nicht, dass >anything goes<. Ein solcher Ethos verpflichtet uns nicht, jegliche Form, jegliche Praktiken des Anderen zu akzeptieren« (Behnke 2005: 138). Behnke lässt an dieser heiklen Stelle aber schlicht offen, welche Formen und Praktiken des Anderssein »uns« so unerträglich sein müssen, dass wir deren Urheber als »unsere Feinde« (Behnke 2005: 138) designieren dürfen, ohne in die zuvor kritisierte westlich-ethnozentrierte Haltung universalistischer Selbstanmaßung zu verfallen. Hier verfängt sich die »postmoderne Dekonstruktion« der potenziell gewaltsamen Logik von Identität und Differenz selbst in dieser Logik: Welches sind die Kriterien, welches die Maßstäbe, nach denen »wir« die moralische Grenze zwischen gerade noch respektierungswürdigen und verwerflichen Artikulierungen von »Anderssein« ziehen, wenn diese nicht westlichen Maßstäben entnommen sein sollten? Warum gibt es bei Behnke überhaupt, distanzlos, die Rede von den »Feinden«, die eine Distinktion von Anderssein enthält, deren Logik doch als fragwürdig aufgezeigt wurde? Letztlich fragt man sich, ob Schmitts Hypostasierungen ontologischer Letztgewissheiten und pluralismussensible, identitätskritische Diskurse eine harmonische Ver-

bindung überhaupt eingehen können oder nicht doch einen Widerspruch in sich darstellen.<sup>15</sup>

### 5. Die Verdrängung der Institutionentheorie

Wie wir im dritten Abschnitt bereits erläutert haben, sind liberale Konzeptionen des Politischen in der Regel eng verknüpft mit der Frage nach geeigneten institutionellen Arrangements, die durch die horizontale wie vertikale Begrenzung von Macht Freiheit verbürgen und zur Entwicklung einer liberal-demokratischen politischen Kultur beitragen sollen, d. h. die Tugendzumutungen an die Bürger stärker vom Akteur in die Institutionen verlagern (vgl. Buchstein 1996; Offe 2001). Die Möglichkeit und Fähigkeit, in modernen komplexen Gesellschaften oder in den internationalen Beziehungen unter den noch erheblich verschärften Bedingungen komplexer Interdependenz Pluralität vermitteln zu können, wird ohne einen Blick auf institutionentheoretische Fragen und auf bereits zahlreich existierende Institutionen also kaum angemessen zu behandeln sein.

Behnkes Rekurs auf Schmittianisches Denken und ein letztlich »realistisches« Weltbild einer anarchischen, kampfgeprägten »Ordnung« geht mit einer nahezu vollkommenen Verdrängung solcher Fragen einher. Diese ontologische Fixierung führt fast unvermeidlich dazu, all die Tendenzen zu internationaler Regime- und Institutionenbildung bis hin zur schlechenden Konstitutionalisierung der Weltpolitik (vgl. u. a. Zangl/Zürn 2003; Habermas 2004), die der »liberale Mainstream« der IB seit langem intensiv erforscht, schlicht zu ignorieren. Dass solche Tendenzen zur Ausbildung internationaler Formen des Regierens, des Politischen und der Politik zu beobachten sind, heißt ja nicht, dass es nicht gleichzeitig massive krisenhafte Gegentendenzen wie unilaterale Selbstermächtigungen und ideologisch verbundene Selbstanmaßungen westlicher wie nicht-westlicher Akteure oder sozio-ökonomische Fragmentierung gäbe. Es kann nach dem Ende des Ost-West-Konflikts keineswegs von der Etablierung einer liberalen Weltordnung die Rede sein. Vielmehr sind weltweit unterschiedliche, teils unvereinbare Ordnungsvorstellungen vorzufinden, die sich in zahlreichen Konflikten manifestieren.

15 Diese Frage muss umso dringlicher erscheinen, als es sich bei Behnkes Versuch einer Amalgamierung von Schmittianismus und »postmodernen« Differenzdiskursen keineswegs um einen Einzelfall handelt. In den letzten Jahren scheint ein »linker« Rekurs auf Schmitt geradezu en vogue geworden zu sein. Chantal Mouffe etwa versucht mithilfe der am Schmittschen Denken gewonnenen Kategorie des *adversary* die antagonistische Dimension des Politischen zu rehabilitieren. Auch bei ihrer Unternehmung ist vor allem die naive Selbstverständlichkeit erstaunlich, mit der sie auf genau die liberalen Prämissen rekurriert, die zu kritisieren ihr Ziel darstellt: »Indeed, the category of the adversary is crucial to redefining liberal democracy in a way that does not negate the political in its antagonistic dimension. The adversary is in a certain sense an enemy, but a legitimate enemy with whom there exists a common ground. Adversaries fight against each other, but they do not put into question legitimacy of their respective positions« (Mouffe 1999b: 4).

Worauf es uns hier jedoch ankommt ist, auf die Existenz bzw. die allmähliche Etablierung von Institutionen auf transnationaler und internationaler Ebene wenigstens hinzuweisen. Deren Entstehung verdankt sich doch wohl auch der Herausforderung, angesichts der ungleichen Modernisierung in den Weltregionen und der unhin-tergehbarer Pluralität der Welt Vermittlungsformen finden zu müssen, die die Behandlung globaler politischer und sozio-ökonomischer Probleme ermöglichen. Dass Organisationen und Institutionen der so genannten *Global Governance* mitunter kritikwürdig sind, ist schwerlich zu bestreiten, und dass sie häufig Prinzipien und Ideen verkörpern, die westlich geprägt sind, kann ebenfalls kaum dementiert werden.<sup>16</sup> Die Frage ist jedoch, welche alternativen Ordnungsmodelle in den zeitgenössischen internationalen Beziehungen den extremen Anforderungen genügen könnten, globale Problemlösung zu gewährleisten bei der gleichzeitigen Bewahrung starker kultureller Pluralität und Verwirklichung globaler Gerechtigkeit. Es ist zu bezweifeln, dass »9/11« für die diskursive und institutionelle Behandlung globaler Regierensprobleme einen so starken Einschnitt markiert, wie er in Behnkes Aufsatz behauptet wird. Sowenig ein universell akzeptiertes Weltordnungsmodell je verfügbar sein wird, sowenig kann auch ein anarchisches »Ordnungs«-modell, das offenbar auf statischen ontologischen Auffassungen von »Kultur« und »Identität« beruht, einen Ausweg aus all diesen drängenden Problemen weisen.

So befasst sich Behnke auch nicht weiter mit den kritischen Debatten, die im Gefolge der von Samuel Huntington (1996) propagierten These zum angeblich drohenden »Clash of Civilizations« oder auch im Zusammenhang mit der universellen Begründung von Menschenrechten geführt wurden:<sup>17</sup> In diesen Debatten wurde überzeugend argumentiert, dass alle Kulturen bereits in sich selbst fragmentiert sind, mit sich selbst im permanenten Widerstreit liegen und Deutungskämpfe in sich tragen. Kulturell geprägte Identitäten können nicht als monolithische, relativ statische Entitäten begriffen werden, da sie für Anfechtung von innen wie außen und damit potenziellem, schleichenden Wandel stets anfällig sind.

Wie allen Universalismen steht Behnke nicht zuletzt der Idee von der Universalität der Menschenrechte äußerst kritisch gegenüber (Behnke 2005: 134-137), da diese Idee politisch instrumentalisiert werde und Ausdruck einer letztlich partikularistischen Norm (des Westens) sei.<sup>18</sup> Im Kontext der Debatte über die Universalität der Menschenrechte wurde unter anderem aber auf eine rein funktionale Begründung für ihre inzwischen erheblich gesteigerte globale Verbreitung (vgl. Risse et al.

16 Vgl. hierzu auch die Forschungen soziologischer Institutionalisten zum »Isomorphismus« der »World Polity«, z. B. Meyer (2005).

17 Vgl. hierzu u. a. Senghaas (1998), Eisenstadt (2000), Benhabib (2002) und Brunkhorst et al. (1999).

18 Selbst diese Kritik könnte man übrigens als Ausweis westlichen liberalen Denkens ein-stufen – in den Worten von Habermas (1999: 393): »Am radikalsten vertreten die westlichen Intellektuellen selbst die Behauptung, daß sich hinter dem Anspruch auf die universale Gültigkeit der Menschenrechte nur ein perfider Machtanspruch des Westens verbirgt. Das ist kein Zufall. Von eigenen Traditionen Abstand zu gewinnen und eingeschränkte Perspektiven zu erweitern, gehört nämlich zu den Vorzügen des okzidentalen Rationalismus.«

1999) verwiesen:<sup>19</sup> So habe »der Westen« die Menschenrechte seinerzeit unter dem Druck der langsam einsetzenden Modernisierung erfunden, und da die allermeisten nicht-westlichen Gesellschaften der Gegenwart inzwischen unter mehr oder minder starkem Modernisierungzwang stehen, könnte die Verbreitung der (aber je spezifisch interpretierten) Idee der Menschenrechte auch auf ihre funktionale Nützlichkeit zurückzuführen sein. In komplexen Gesellschaften scheint es langfristig keine funktionalen Äquivalente für die Integrationsleistungen des positiven Rechts zu geben (Habermas 1999: 396). Ohne die normativen Implikationen von letztlich als unausweichlich aufgefassten global wirksamen Modernisierungsschüben (die nun allzu leicht als ethnozentrische liberale Träumerei »dekonstruiert« werden könnten) hier weiter diskutieren zu können, sei für unsere Replik festgehalten, dass »Identität« und »Kultur« unter den strukturellen Bedingungen denationalisierter Politik in der Gegenwart eine stärkere interne Umstrittenheit und Entwicklungsdynamik aufweisen, als in Behnkes Aufsatz unterstellt wird. Dies könnte Repräsentanten aller Kulturen unter Umständen auch einer Vermittlung mit anderen Erfahrungen und Konzeptionen des »Guten« in internationalen und transnationalen Institutionen zugänglich machen.

## Literatur

- Behnke, Andreas* 2005: 9/11 und die Grenzen des Politischen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 12: 1, 117-140.
- Benhabib, Seyla* 2002: The Claims of Culture. Equality and Diversity in the Global Era, Princeton, NJ.
- Brunkhorst, Hauke/Köhler, Wolfgang R./Lutz-Bachmann, Matthias* (Hrsg.) 1999: Recht auf Menschenrechte, Frankfurt a. M.
- Buchstein, Hubertus* 1996: Die Zumutungen der Demokratie, in: von Beyme, Klaus/Offe, Claus (Hrsg.): Politische Theorie in der Ära der Transformation, Opladen, 295-324.
- Campbell, David* 1992: Writing Security. United States Foreign Policy and the Politics of Identity, Minneapolis, MN.
- Connolly, William E.* 2002 (1991): Identity/Difference: Democratic Negotiations of a Political Paradox (erweiterte Auflage), Minneapolis, MN.
- Derrida, Jacques* 2003: Voyous. Deux essais sur la raison, Paris.
- Eisenstadt, Shmuel N.* 2000: Die Vielfalt der Moderne, Weilerswist.
- Flügel, Oliver* 2004: Démocratie à venir: Jacques Derrida, in: Flügel, Oliver/Heil, Reinhard/ Hetzel, Andreas (Hrsg.) 2004: Die Rückkehr des Politischen, Darmstadt, 19-42.
- Forst Rainer* 1993: Kommunitarismus und Liberalismus – Stationen einer Debatte, in: Honneth 1993, 181-212.
- Forst, Rainer* 1999: Das grundlegende Recht auf Rechtfertigung, in: Brunkhorst et al. 1999, 66-105.
- Forst, Rainer* (Hrsg.) 2000: Toleranz. Philosophische Grundlagen und gesellschaftliche Praxis einer umstrittenen Tugend, Frankfurt a. M.

19 Vgl. z. B. Brunkhorst et al. (1999). Für eine interkulturell plausible normative Konzeption von Menschenrechten siehe darin Forsts (1999) Vorschlag eines basalen »Rechts auf Rechtfertigung«.

- Geis, Anna* 2006: Spotting the »Enemy«: Democracies and the Challenge of the »Other«, in: Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald (Hrsg.): Democratic Wars: Looking at the Dark Side of Democratic Peace, Hounds Mills, i. E.
- Habermas, Jürgen* 1998: Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, in: Habermas, Jürgen: Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt a. M., 91-169.
- Habermas, Jürgen* 1999: Zur Legitimation durch Menschenrechte, in: Brunkhorst, Hauke/Niesen, Peter (Hrsg.): Das Recht der Republik, Frankfurt a. M., 386-403.
- Habermas, Jürgen* 2001: Zeit der Übergänge. Kleine Politische Schriften IX, Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen* 2004: Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance?, in: Habermas, Jürgen: Der gespaltene Westen. Kleine Politische Schriften X, Frankfurt a. M., 113-193.
- Haus, Michael* 2003: Kommunitarismus. Einführung und Analyse, Opladen.
- Honneth, Axel* (Hrsg.) 1993: Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften, Frankfurt a. M.
- Huntington, Samuel P.* 1996: The Clash of Civilizations, New York.
- Huysmans, Jef* 1999: Language and the Mobilisation of Security Expectations (ECPR Joint Sessions, Mannheim, 26.-31.3.1999), in: <http://www.essex.ac.uk/ecpr/events/jointsessions/paperarchive/mannheim/w18/huysmans.pdf>; 18.4.2004.
- Kant, Immanuel* 1977a: Die Metaphysik der Sitten, Werke, Bd. VIII, Frankfurt a. M.
- Kant, Immanuel* 1977b: Zum ewigen Frieden, Werke, Bd. XI, Frankfurt a. M., 195-251.
- Larmore, Charles* 1993: Politischer Liberalismus, in: Honneth 1993, 131-156.
- Locke, John* 1977: Zwei Abhandlungen über die Regierung, Frankfurt a. M.
- Meyer, John* 2005: Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen, Frankfurt a. M.
- Mill, John Stuart* 1988: Über die Freiheit, Stuttgart.
- Mouffe, Chantal* (Hrsg.) 1999a: The Challenge of Carl Schmitt, London.
- Mouffe, Chantal* 1999b: Introduction: Schmitt's Challenge, in: Mouffe 1999a, 1-6.
- Offe, Claus* 2001: Wie können wir unseren Mitbürgern vertrauen?, in: Offe, Claus/Hartmann, Martin (Hrsg.): Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts, Frankfurt a. M., 241-294.
- Rawls, John* 1994: Der Bereich des Politischen und der Gedanke eines übergreifenden Konsenses, in: Rawls, John: Die Idee des politischen Liberalismus. Aufsätze 1978-1989, Frankfurt a. M., 333-363.
- Risse, Thomas/Ropp, Stephen C./Sikkink, Kathryn* (Hrsg.) 1999: The Power of Human Rights. International Norms and Domestic Change, Cambridge.
- Schmalz-Bruns, Rainer* 1999: Deliberativer Supranationalismus. Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaats, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 6: 2, 185-244.
- Schmitt, Carl* 1995: Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen, Berlin.
- Schmitt, Carl* 1996a: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, Berlin.
- Schmitt, Carl* 1996b: Der Begriff des Politischen, Berlin.
- Schwab, George* 1987: Enemy or Foe: A Conflict of Modern Politics, in: Telos 72, 194-201.
- Senghaas, Dieter* 1998: Zivilisierung wider Willen. Der Konflikt der Kulturen mit sich selbst, Frankfurt a. M.
- Vollrath, Ernst* 1987: Grundlegung einer philosophischen Theorie des Politischen, Würzburg.
- Warren, Mark E.* 1999: What is Political?, in: Journal of Theoretical Politics 11: 2, 207-231.
- Zangl, Bernhard/Zürn, Michael* 2003: Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation, Frankfurt a. M.